

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 10

Erscheint wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich M. 1.20 ohne und M. 1.60 mit Austr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 23. Januar.

Insertionsgebühr: die viergespaltene Zeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg.; Reklame 50 Pfg.; bei mehrmaliger Einrückung entsprechender Rabatt. Druck u. Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Bekanntmachungen.

Der Unterricht an der **kaufm. Berufsklasse** wird ab Montag, den 28. ds. Mts., auf Montag und Donnerstag, jedesmal von 6—8 Uhr abends, verlegt.

Rüdesheim, den 21. Januar 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Am Donnerstag, den 24. ds. Mts. wird die angemeldete **Margarine** ausgegeben. Es entfallen auf den Kopf der Erwachsenen 300 Gramm, Kinder und Selbstversorger die Hälfte. Der Preis für die 300 Gramm beträgt 1.26 M.

Die Ausgabe erfolgt für die Bezirke 1—7 bei Aug. Laut, Markt 8—13 bei Fr. Anna Barib, Markt 14—19 bei Fr. Büttel, Schmidtstr. 20—26 bei Frau Petri, Austraße

und zwar
Bezirke 1, 8, 14 und 20 von 8—9 Uhr vorm.
" 2, 9, 15 und 21 von 9—10 "
" 3, 10, 16 und 22 von 10—11 "
" 4, 11, 17 und 23 von 11—12 "
" 5, 12, 18 und 24 von 2—3 " nachm.
" 6, 13, 19 und 25 von 3—4 "
" 7 und 26 von 4—5 "

Zeitkarten sind mitzubringen, entwertet wird Nr. 41.

Rüdesheim, den 22. Januar 1918.

Der Magistrat: Alberti

Anfang nächster Woche kommen **Graupen** zur Ausgabe. Anmeldungen sind bis zum Freitag, den 25. ds. Mts., abends 6 Uhr, in demjenigen Kolonialwarengeschäft unter Vorlage der Lebensmittelkarten zu bewirken, in welchem die Ware in Empfang genommen werden soll.

Entwertet wird Nr. 9. Spätere Anmeldungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Rüdesheim, den 22. Januar 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Es ist zu erwarten, daß die Gemeinde zu Anfang März eine Anzahl Gefangene zur Hilfe in der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt bekommt.

Dieserjenigen, welche einen Gefangenen zu erhalten wünschen, werden ersucht, dem unterzeichneten Wirtschaftsausschuß dies bald anzumelden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es Bedingung ist, daß für die Gefangenen die Betten gestellt werden müssen.

Rüdesheim, den 22. Januar 1918.

Der Kriegswirtschaftsausschuß.

Sehr wichtig!

Bestellung von Sämereien für Feld- und Gartenmäßigen Anbau.

Da Gemüsejamen außerordentlich schwer zu beschaffen ist, werden sämtliche Einwohner Rüdesheims aufgefordert ihre Bestellungen aufzugeben, zwecks gemeinsamen Bezugs am Freitag, den 25. Januar, von vormittags 9—1 Uhr, im Rathaus Zimmer 4, für sämtliche Bewohner des Stadtteils links der Grabenstraße (Kühmannshäuser Seite); am Samstag, den 26. Januar, von vormittags 9—1 Uhr, dieselben rechts der Grabenstraße, ebenfalls Zimmer 4.

Weiter wird darum gebeten, den hiesigen Gärtnereibesitzern von heute bis Sonntag, den 27. Januar, anzugeben, wieviel der einzelne an Gemüsepflanzen benötigt, damit dieselben sich danach einrichten können.

Rüdesheim, den 23. Januar 1918.

Der Kriegswirtschaftsausschuß
der Stadt Rüdesheim.

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 21. Januar (H. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Nordöstlich und östlich von Ypern sowie an der Front von Lens bis Epheu hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an. Südlich von Bendhuilles blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand. In einzelnen Abschnitten in der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien. Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden elf feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen. **Ostlicher Kriegsschauplatz.** Nichts Neues. **Mazedonische Front.** Zwischen Bardar und Doiran-Zee lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front. Keine besonderen Ereignisse.

Großes Hauptquartier, 22. Januar (H. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Südlich von Ypern war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachtkunden lebhaft. Mit kleineren Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich, an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen. In den Argonnen, nördlich von Le Four de Paris, hielten französische Kompanien nach tagelanger anhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Zielungen vor. Sie wurden durch Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Maas-ufer und in der Gegend von Flirey lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues. An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Ereignisse zur See.

wb Berlin, 21. Jan. Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 000 Bruttoregistertonnen des für unsere Feinde nugharen Handelschiffes vernichtet. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten Unterseebootkrieges auf 895 800 Bruttoregistertonnen.

Das monatliche Versenkungsergebnis, mit dem das Jahr 1917 abschließt, ist in mehrfacher Hinsicht besonders befriedigend. Es stellt sich um etwa 100 000 Br.-R.-T. höher als das des Monats November und übertrifft auch dasjenige des September und Oktober noch um rund 30 Tonnent. Eines vor allem kann man schließen, daß die nicht ohne Grund mit so viel Lärm in die Öffentlichkeit hinausgetragenen Behauptungen des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, man sei der U-Bootgefahr Herr geworden, die Abwehrmaßnahmen hätten nunmehr den erwarteten Erfolg gehabt, die Verluste der deutschen Flotte an U-Booten seien ungebührlich gewesen, einfach aus der Luft gegriffen sind, um im eigenen Land zu beruhigen und in Deutschland bei den wenigen, die nicht oder nicht fest an den Enderfolg des U-Bootkrieges glauben, Unsicherheit und Zweifel zu erwecken, und den Gedanken der Aufgabe dieses gegen England einzig wirksamen Kriegsmittels, den man von Seiten unserer Feinde auch auf dem Wege über das neutrale Ausland zu fördern sucht, in das deutsche Volk einzutragen. Die den Tatsachen so offen

widerprechende Austreuung englischer Staatsmänner beweist von neuem, wie schwer England die „U-Bootspest“ empfindet, und daß die führenden Staatsmänner unserer Gegner diesem Kriegsmittel selbst entscheidenden Wert beilegen.

Berlin, 21. Jan. (H. T. B. Amtlich.) Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 22 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet waren, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Magellan“ (6265 t) mit Salpeterladung von Chile nach Frankreich festgesetzt werden. Unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich zwei größere englische Dampfer.

Berlin, 22. Jan. (H. T. B. Amtlich.) Unsere U-Boote im Mittelmeer waren kürzlich mit besonders gutem Erfolge tätig. Sieben Dampfer und zwei Segler mit rund 27 000 Bruttoregistertonnen sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Kapitänleutnant Veder (Frankf.).

Alle Dampfer, bis auf einen, waren bewaffnet und fuhren meist in stark gesicherten Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich festgesetzt werden: der englische Dampfer „Egyptien Transport“, „Steelville“, „Allenton“ und „Arab“, deren Vernichtung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen 24 000 Tonnent Kohle verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer, der sehr starken Deonation nach zu urteilen, Munition geladen. Ein anderer, anscheinend mit Reis tief beladener Dampfer wurde im Artilleriegefecht zerstört, auf die Klippen der Küste der Genua-Bucht geschleudert und dort trotz Eingreifens einer Landbatterie vernichtet. Die beiden Segler mit Namen „Guisepe“ und „San Antoni“ waren italienischer Nationalität. Von ihnen hatte ersterer Holzladung.

Rotterdam, 22. Jan. (H. T. B. Nichtamtlich.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärte das liberale Unterhausmitglied Georges Lambert in einer Rede in Dordrecht, daß die Verluste der englischen Handelsflotte infolge des U-Bootkrieges unvermindert fortdauern. Im Dezember wurden 30% mehr Schiffe versenkt als im November. Im letzten Jahre sind dreieinhalbmal so viele englische Schiffe gesunken, als neu gebaut wurden. Und nicht nur Schiffe, sondern auch die Ladungen sind verloren. Unterdessen bauten die Deutschen noch größere U-Boote. Alle patriotischen Engländer hofften, daß die Reorganisation der Admiralität die Folge haben werde, daß man der U-Bootgefahr Herr werde. Die Lebensmittelversorgung in England sei eine sehr ernste Sache geworden. Die Lebensmittel seien eine Voraussetzung dafür, daß die Nation und die Armeen am Leben bleiben. Lambert drang zum Schluß auf größere Sparfamkeit im Verbräuche an Lebensmitteln.

Berlin, 22. Jan. (H. T. B. Amtlich.) Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Fawus Selim“ (früher „Göben“), der kleine Kreuzer „Midilli“ (früher „Breslau“) und Torpedoboote aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgesetzt wurden. Ein großer und ein kleinerer englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnent versenkt, mehrere Dulk schwer beschädigt und die englische Signalstation an der Aephalos-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli“ von mehreren Unterwasserminen von Minen und Unterseebooten gesunken. Der Kreuzer „Sultan Fawus Selim“ sah beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Nagara leicht feht. Er ist jetzt, wie die englische amtliche Meldung behauptet, durch schwere Beschädigungen auf Strand gesetzt.

Weiter meldet aus London offiziell: Die britische Admiralität berichtet folgende Einzelheiten im Anschluß an das Seegefecht vom 20. Januar: Die „Göben“ und die „Breslau“ erschienen am frühen Morgen des 20. Januar an den Dardanellen und griffen die britischen Streitkräfte nördlich von Imbros mit dem Erfolg an, daß die „Maglan“ und „J.W. 28“ schwer von Geschützen getroffen und zerstört wurden. Die feindlichen Schiffe liegen daraufhin bis südlich von Imbros vor, wo die „Breslau“ gezwungen wurde, in eines der englischen Minenfelder

einzufliegen. Sie stieß auf eine Mine und sank. Die „Göben“ verließ das Schiff und kehrte mit Vollkraft nach den Dardanellen zurück. Türkische Torpedojäger, die der „Breslau“ zu Hilfe kamen, wurden von britischen Torpedojägern in ein Gefecht verwickelt und vertrieben. Als die „Göben“ sich dem Eingang der Dardanellen näherte, stieß sie ebenfalls auf eine Mine, wodurch ihre Fahrgeschwindigkeit vermindert wurde. Die „Göben“ machte etwa 15 Grad Schlagseite und brachte sich selbst zum Stranden westlich von Nagara, wo sie nun von britischen Fliegern fortwährend bombardiert wurde. Die Engländer retteten 172 Mann von der „Breslau“; sie wurden gefangen genommen. Die Namen der Überlebenden der „Kaglan“ und der „J. M. 28“ sind noch nicht bekannt. Bisher wurden 132 Überlebende gemeldet. Die Gesamtzahl beträgt ungefähr 310.

W. T. B. Bern, 22. Jan. Die Lebensmittelknappheit rief in Manchester am 16. Januar eine bemerkenswerte Kundgebung hervor. Am Vormittag legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der acht größten Munitionsfabriken im Openshaw-Gortondistrikt die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus, um nationale Zwangsrationierung mit gleichmäßiger Verteilung der Lebensmittel für alle Gesellschaftsklassen zu verlangen. Eine aus lechzenden Personen bestehende Abordnung trug dem Oberbürgermeister die Beschwerden der Arbeiterschaft vor, die sich hauptsächlich gegen die ungleichmäßige Verteilung des Fleisches richteten und den Argwohn bekundeten, daß seitens der Spekulation eine künstliche Knappheit hervorgerufen werde. Ein Mitglied der Abordnung versicherte, die Arbeiter hätten nunmehr die Grenze dessen erreicht, was sie aushalten könnten; sie vermöchten nicht bei trockenem Brot täglich vierzehn Stunden zu arbeiten. Der Oberbürgermeister gab die Zusage, er werde sein Möglichstes tun, um Abhilfe zu schaffen. Eine einem Generalkreis gleichkommende, 100 000 Personen umfassende Veranstaltung gegen die ungleiche Lebensmittelverteilung ist für den nächsten Samstagvormittag beschlossen worden.

Die Friedensverhandlungen

Basel, 21. Jan. Die Tagesaus Petersburg meldet, ist am Freitag nachmittag 4 Uhr im Taurischen Palast die Nationalversammlung vom Vorsitzenden des Hauptausschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eröffnet worden. Die Deputierten nahmen ein wenig mehr als die Hälfte des Saales ein. Die Tribünen waren überfüllt. Man bemerkte namentlich zahlreiche Uniformen und viele Arbeiter. Nach Beginn der Sitzung wurde folgende Erklärung des Hauptausschusses der Sowjets verlesen:

„1. Die Nationalversammlung beschließt, daß Rußland zur Republik der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern erklärt wird. Die Zentralregierungen liegen in den Händen dieser Sowjets. Die Republik der Sowjets gründet sich auf ein freies Bündnis der freien Nationen, die den Bund der nationalen Republik der Sowjets darstellen.“

Artikel 2 erklärt, daß das Recht auf Privateigentum über und unter der Erde aufgehoben wird. Das Privateigentum wird zum Staatseigentum erklärt, wie auch alle Grundstücke, Wälder usw. Die allgemeine Arbeit ist obligatorisch. Der Artikel verbietet ferner die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Entwaffnung der bürgerlichen Klasse, ferner die Bildung einer roten sozialistischen Armee der Arbeiter und Bauern.

Artikel 3 billigt die Politik der Sowjets, die auf einen demokratischen Frieden auf den bereits bekannten Grundlagen abzielt. Er billigt auch die Richtigkeitserklärung der russischen Anleihen.

Artikel 4 erklärt, die Regierungsgewalt solle ausschließlich in den Händen der Sowjets und ihrer Vertreter liegen.“

Nach der Verlesung dieser Erklärung erhoben sich die Deputierten und das Publikum und sangen die Internationale. Darauf ergriff Tschernow, der zum provisorischen Präsidenten ernannt wurde, das Wort, lebhaft begrüßt von den Sozialrevolutionären und der Opposition, und hielt eine längere Ansprache.

Seine Programmrede wurde in ihrem ersten Teil, der von den internationalen Fragen handelt, aufmerksam angehört. Bei der Beiprägung der Lage Rußlands bezeichnete er die gegenwärtige Stellung des Landes als sehr schwierig. Unglücklicherweise hätten die friedlichen Regierungen Rußlands bei den anderen Kriegführenden, die, wie namentlich die Zentralmächte, noch von imperialistischen Ideen erfüllt sind, kein starkes Echo gefunden. Die Deutschen haben während der Friedensverhandlungen mit Rußland gezeigt, daß sie von den durch die russische Revolution proklamierten Prinzipien noch weit entfernt sind, und daß sie nur den Frieden für ihr Reich abzuschließen suchen. Die Lage Rußlands ist deshalb schwierig und gefährlich geworden. Ich hoffe jedoch, fuhr Tschernow fort, daß Rußland sein Heil finden kann in den Sympathien der sozialistischen Arbeitermassen Europas, die alle vom Kriege erschöpft sind. Die Nationalversammlung müsse die Initiative ergreifen zum Abschluß eines demokratischen Friedens.

Der Maximalist Budin antwortete Tschernow in einer längeren Rede, in der er die vom Präsidenten dargelegten Prinzipien kritisierte, denen er ihnen rein theoretischen Charakter vorwarf. Ein weiterer Redner Wysschial, erklärte, die Methode Tschernows würde in zwei Jahrhunderten zum Sozialismus führen und für jetzt nur eine bürgerliche Republik ähnlich wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten schaffen. Am Mitternacht dauerte die Sitzung noch an. Die Mehrheit weigerte sich, die von den Maximalisten und den Sozialrevolutionären eingebrachte Erklärung der Arbeiterrechte zu diskutieren. Diese beiden Fraktionen verließen daher nacheinander die Versammlung. Kerenski war bei der Versammlung nicht zugegen.

Nach einer Kurzermeldung erfolgte die Ablehnung der Erklärung der Sowjets mit 273 gegen 140 Stimmen und die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohung der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und Boden an sowie den Vorschlag, an die Kriegführenden Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen.

Berlin, 22. Jan. Zwischen der russischen und ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Zwist gekommen. Trotz hat folgendes Schreiben an die ukrainische Delegation gerichtet:

„Während der Verhandlungen erklärte Kühlmann, daß in der Frage der Okkupationsgebiete die Ukrainer in Verhandlungen eintreten, so weit Grenzen in Betracht kämen, die ihrem Einfluß unterliegen. Wir stellen noch einmal fest, daß die ukrainische Vertretung trotz des sehr bestimmten Textes unseres Übereinkommens und trotz der

gegenwärtigen Sachlage, die verlangt, daß wir solidarisch gegen den gemeinsamen Feind auftreten, sich gegen die Revolutionsmoral vergangen hat, die kein geheimes Übereinkommen mit Imperialisten dulden kann. Die Ukrainer fahren fort, hinter unserm Rücken mit der feindlichen Abordnung zu verhandeln und sie haben ungeachtet unseres ausdrücklichen Verlangens und ihres eigenen Versprechens, uns keinen Bericht über ihre Verhandlungen mitgeteilt. Mit Rücksicht auf die Massen der Arbeiter und Bauern in Rußland und der Ukraine, deren Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, haben wir beschlossen, jede Verantwortung für ihre Verhandlungen abzulehnen. Wir wenden uns noch einmal unmittelbar an den ukrainischen Hauptvollzugsausschuß in Charkow mit dem Verlangen, er möge alle Maßnahmen treffen, um die Interessen der ukrainischen Volksrepublik zu sichern und vor dem gemeinsamen Spiel der Abordnung des Generalsekretariats zu schützen. Wir wissen genau, daß der Hauptvollzugsausschuß augenblicklich ein größeres Recht hat, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen, als die Rada in Kiew. Daß wir zuvor gegen eure Teilnahme am Verhandlungstisch keinen Einspruch erhoben, geschah, weil wir hofften, daß ihr Auge dem gemeinsamen Feind gegenüber wissen würdet, euer Auftreten auf die demokratischen Grundzüge zu gründen und daß euer Auftreten zu keinem Zerwürfnis zwischen Euch und dem Hauptvollzugsausschuß in Charkow führen würde. Da sich nun eure Politik auf geheime Übereinkommen und Verrat der demokratischen Interessen gründet, finden wir es notwendig, darauf hinzuweisen, daß euer wirklicher Einfluß Euch in keiner Weise das Recht gibt, im Namen der unabhängigen Republik zu sprechen.“

Berlin, 22. Jan. In Charkow ist gegen die Kiewer Zentralkada der Ukraine seit einiger Zeit eine maximalistische Rada gebildet worden, die in enger Fühlung mit der Petersburger Regierung steht. Diese maximalistische Rada beitrete nun der Zentralkada das Recht, im Namen des ukrainischen Volkes die Friedensverhandlungen zu führen und hat deshalb eigene Vertreter nach Brest-Litowsk entsandt. Von dem gegenwärtigen Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk, Herrn Zoffe, ist bei der deutschen Friedensdelegation eine Mitteilung des Inhalts eingegangen, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Charkow, die für sich das Recht in Anspruch nehme, das Land der Ukraine allein zu vertreten, zwei Bevollmächtigte zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsandt, und daß die russische Delegation diese beiden Herren als Mitstreiter aufgenommen habe, daß die Regierung in Charkow dem Generalsekretariat in Kiew und der dortigen Zentralkada das Recht im Namen der Ukraine zu verhandeln abspitze. Diese Körperschaften stellen lediglich Organe der Bourgeoisie dar und seien absolut nicht in der Lage, Umarmungen mit anderen Völkern zu treffen oder gar durchzuführen. Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk wird die Ukraine also durch zwei Delegationen vertreten sein, und es wird sich bald zeigen, ob dieses Verhältnis nicht zu Schwierigkeiten führt.

Berlin, 23. Jan. Der gut unterrichtete Petersburger Mitarbeiter des finnischen „Suomalais-Sanomat“ will laut Schwäbiger Blätter zu den letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk erfahren haben, daß die Bol-

Der goldene Käfig.

Roman von Julius Keller.

11) (Nachdruck verboten.)

„Braucht nicht so zu schleichen, Alte“, sagte der Förster, nachdem sie eingetreten war, „ich schlafe nicht.“

„Wie, du schläfst nicht?“ fragte sie rasch, und vermochte kaum ihre Bestürzung zu verbergen, „und hast auch noch nicht geschlafen?“

„Nicht eine Sekunde!“

Frau Pauline blickte ängstlich auf einen dicht neben Sievers liegenden, etwa zwei und einhalbjährigen Knaben, auf dessen hübschem Gesicht der Ausdruck tiefer Ruhe lag, während seine Augen geschlossen waren, es war das Kind Marthas, welchem sie einige Monate nach der Auswanderung ihres Mannes das Leben geschenkt hatte.

„Hat Fredi dich gestört?“ fragte die Försterin.

„Bewahre“, entgegnete er, „er schläft ganz fest und ruhig. Der Brief dort hat mich gestört, der nichtswürdige dicke Brief mit dem Poststempel Chitago.“

„Du hast recht, auch mich macht die Erwartung krank. Aber ich habe nicht den Mut, ihn zu öffnen — und du —“

„Ich auch nicht; warten wir, bis Martha nach Hause kommt, der er gehört.“

Der brave Mann machte sich schwere Sorgen um seines Kindes und seines kleinen Enkels willen. Was sollte aus ihnen werden, wenn er die Augen schloß, wenn seine „Alte“ nicht

mehr sorgen konnte und Martha mit dem Kinde bei fremden Leuten wohnen, ihnen dessen Pflege überlassen müßte? Was sollte aus dem Knaben werden? Konnte er etwas Gediegenes lernen, ein gebildeter Mann werden, wie es der Förster so sehnlichst wünschte?

Wie ein Hohn erschien es ihm unter diesen Umständen, einen Schatz von baren sechs-tausend Mark in seinem Hause zu bewahren, einen Schatz, den er ängstlich behüten mußte und dennoch nicht anrühren durfte.

Der Sohn des verstorbenen Barons hatte sich noch immer nicht gemeldet, um das Geld in Empfang zu nehmen, ja, das dem Förster anvertraute Geheimnis schien noch niemandem enthüllt zu sein. Vielleicht wußte der Vater des Seligen davon — Sievers konnte darüber nichts Bestimmtes erfahren, der alte, als wunderbar bekannte, seit langen Jahren im Ausland lebende Mann hatte, nachdem ihm die Anzeige von dem Tode seines einzigen Sohnes übermittelt worden war, durch seinen Sekretär einen Verwalter für sein in der Hauptstadt gelegenes Schloß, welches der Verstorbene bewohnt hatte, ernennen lassen, und jenen angezeigt, daß seine, des Vaters, Rückkehr nach Deutschland erst in einigen Jahren erfolgen würde.

Bis dahin hatte der Förster sich nach langem Grübeln und Sorgen zu warten entschlossen. Wenn bis zur Rückkehr des alten Barons und zu dessen Einzug in das Schloß ihm keine Kunde von dem angeblichen Sohne des jungen Barons zuteil geworden war, so wollte er auch dann dem Vater des in seinem

Häuschen Dahingegangenen einen Besuch machen, ihn nach dem angeblichen Enkel befragen und endlich ihm die Geschichte von dem Tode des Barons Ferdinand, der Deponierung des Kapitals erzählen und letzteres dann dem alten Baron überreichen.

Dies war sein vorläufiger Entschluß, über dessen wirkliche Ausführung er aber immer noch nicht ganz einig mit sich war. Er vermochte nicht daran zu zweifeln, daß die Angaben, welche ihm Baron Ferdinand in seiner Todesstunde gemacht, auf voller Wahrheit beruhten, und hoffte noch immer, daß jener Sohn sich eines Tages in dem stillen Försterhäuschen einstellen werde, um das Kapital in Empfang zu nehmen.

Während der Förster noch grübelte, wurde nach einem kurzen Klopfen die Tür geöffnet und der Gutbesitzer Gottfried Stange trat in das Gemach.

Er hatte sich während der drei Jahre sehr wenig verändert, sein Äußeres machte denselben herkulischen Eindruck wie früher, und nur die Buge seines Gesichts waren ein wenig ernster geworden, seine Augen hatten einen fast traurigen Ausdruck angenommen, und um seine Lippen lag ein stereotyper, eigentümlich wehmütiges Lächeln.

„Störe ich?“ fragte er während des Eintretens, indem er an der Tür stehen blieb.

„Nein, lieber Stange.“

„Das freut mich. Ich habe dem Fredi eine Kleinigkeit Süßigkeiten mitgebracht.“

(Fortsetzung folgt.)

Wir
auf-
ons-
mes
dulden
unserem
u ver-
aus-
Ver-
hand-
Massen
nd der
Evieler
ant-
le h-
mittelbar
uß in
Nag-
traint-
ge-
sekre-
der
öf-
epubli-
wir
lungs-
eil wir
emein-
Auf-
grün-
Ber-
llungs-
a sich
ommen
ründet,
weisen,
Weise
ngigen
gegen
einiger
gebildet
Peters-
litische
cht, im
den s-
at des
itowsk
den der
itowsk,
iedens-
einge-
r- und
s Recht
allein
nahme
rest-Vi-
ation
ommen
Gene-
entral-
zu ver-
stellen
s seien
n mit
urchzu-
rhand-
e also
n sein.
hältnis
Peters-
lebens-
Verhand-
e Bol-

schwierigkeitsregierung auf die Forderungen der Militärmächte eingehen werde.

Stockholm, 21. Jan. (W. B.) Zu Staatssekretär v. Kühlmanns Initiative in der Alandsfrage schreibt „Nya Dagligt Allehanda“: „Dieser Schritt von deutscher Seite ist, soweit wir sehen können, sehr berechtigt, wie auch von unserer Seite aus ein überaus glücklicher diplomatischer Zug. Seitdem England durch seine Mithilfe bei der Verletzung des Alandsvertrages und jetzt durch seine Weigerung, die Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen gezeigt hat, wie sein Interesse für die Freiheit und die Zukunft der an der Ostsee lebenden Völker wirklich beschaffen ist, erscheint es desto bedeutungsvoller, daß die deutschen Staatsmänner als die Unterzeichner des Alandsvertrages sich ihrer Rechte besinnen, die sie dazu benützen wollen zu verlangen, daß neue Garantien gegen die Befestigung der Inseln geschaffen werden. Staatssekretär v. Kühlmann hat zweifellos recht, wenn er annimmt, daß der Wunsch des schwedischen Volkes dahin gehe, durch friedliche Verhandlung mit den Uferstaaten der Ostsee baldmöglichst eine Lösung der für Schweden so wichtigen Fragen zu erzielen. Das schwedische Volk wird mit großer allgemeiner Befriedigung die Aussicht begrüßen, bei den Verhandlungen über die Alandsfrage in Brest-Litowsk vertreten zu sein.“

*

Bern, 21. Jan. (W. B.) Der Petersburger Berichtshatter des „Corriere della Sera“ drahtet, daß einige von Kronstadt eingetroffene Kriegsschiffe in den Kampf eingriffen.

Amsterdam, 21. Jan. (W. B.) Laut „Daily News“ aus Petersburg vom 18. Januar läuft das Gerücht, daß Sawinko, Iljomenko und Kerenst, die bisher bei Kaledin waren, nach Petersburg zurückgekehrt seien. In der ganzen Stadt herrscht eigentümliche Spannung, wie sie auch vor früheren Unruhen wahrnehmbar war.

Basel, 22. Jan. Die Dava aus Petersburg meldet, wurden die früheren Minister Tschingarew und Gocochin, die in der Krankenabteilung der Peter-Paul-Festung in ärztlicher Behandlung standen, vorgestern nach dem Marienpalast geführt und dort von einer Matrosenabteilung getötet. In Moskau und in Petersburg wurden Kundgebungen zu Gunsten der Konstituante durch Gewehrfeuer der roten Garde zerstreut. Jüdische Manifestanten wurden getötet und eine Anzahl verletzt.

Sofia, 22. Jan. (W. B.) Allgemeine Freude machte hier das erste direkte Telegramm aus Petersburg über die Ankunft der bulgarischen Abordnung mit Tschepreschkow an der Spitze. Dieser war früher Gefandter in Belgrad. Man sieht in der Tatsache der Anwesenheit einer offiziellen bulgarischen Abordnung in Petersburg ein gutes Zeichen für einen günstigen Ausgang der Dinge in Petersburg.

Basel, 19. Jan. Die „Neue Korrespondenz“ meldet aus Petersburg: Das Smolny-Institut demontiert die Nachricht, daß Befehl zur Verhaftung des Königs von Rumänien gegeben worden sei. Es wird jedoch beigefügt, daß das Smolny-Institut sehr ernste Maßnahmen ergreifen würde, wenn sich Rumänien dem Ultimatum nicht unterwerfe.

Basel, 19. Jan. Die „Basl. Nachr.“ berichten: Verschiedene Nachrichten aus Russland besagen, daß der Zustand in Rumänien einem Chaos gleich sei. Die Armee teilt sich bereits in eine monarchistische und eine revolutionäre Partei. Der König und das Königs-schloß sind von einer starken Wache von Offizieren und Regierungstreuen umgeben. Viele russische und rumänische Führer und Agitatoren wurden verhaftet, weil man ein Komplott entdeckte mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen, den König gefangen zu nehmen und das Land zur Republik auszurufen. Die Soldaten desertieren massenhaft von der Front, überall werden große Versammlungen zugunsten des Friedens abgehalten. Der Druck der russischen Regierung auf Rumänien wird immer größer und die Lebensmittelnot trägt dazu bei, agentur. Aufruf an die Bevölkerung von Petersburg: Die Feinde des Volkes verbreiten das Gerücht, daß revolutionäre Arbeiter und Soldaten auf die Teilnehmer einer friedlichen Kundgebung der Arbeiter Schüsse abgeben hätten. Dies geschieht, um Unruhe und Unordnung in die Reihen der arbeitenden Klassen zu tragen und um die revolutionären Führer anzugreifen. Es ist schon festgestellt worden, daß Späher auf die Matrosen, Soldaten und Arbeiter geschossen haben, die die Ordnung in der Stadt sichern. Der Hauptvollzugsausschuß hat eine energische Untersuchung eingeleitet. Die Schuldigen werden von dem Revolutionsgericht abgeurteilt werden. Genaue Feststellungen werden sobald wie möglich veröffentlicht werden. Der Hauptvollzugsausschuß fordert die Bevölkerung auf, den Gerüchten keinen Glauben zu schenken und ruhig zu bleiben. Die revolutionäre Ordnung wird von Matrosen, Arbeitern und Soldaten gesichert. Der Hauptvollzugsausschuß.

Zur Lage in Russland.

Wenn Lenin und Trotski überhaupt noch hoffen, sich angesichts der Verhältnisse am Ruder zu halten, so können sie das nur, wenn es ihnen gelingt, dem russischen Volke möglichst schnell den ersetzten und

verlangten Frieden zu verschaffen und so die gewonnenen Elbogenfreiheit zum Ausbau und zur Befestigung ihres Regimes zu benutzen. Russland muß Frieden schließen, schon deshalb, weil es gar nicht mehr Krieg führen kann. Befähigen doch die aus der russischen Front vorliegenden Nachrichten, daß die maximalistische Regierung nicht in der Lage ist, durch Hinweis auf das Heer irgend welchen Forderungen Nachdruck zu verleihen. An der ganzen russischen Front ist eine starke Verminderung der Frontstärken festzustellen und die Linien sind durch massenhafte Desertionen geschwächt. Zu diesen schwachen Ständen kommt die innerpolitische Spaltung, der gänzliche Mangel irgend einer Führung, ferner Verpflegungsnot und die Einstellung der Tätigkeit bei der Kriegsindustrie. Wie berichtet wird, äußern die russischen Truppen den Wunsch, daß selbst im Falle des Abbruchs der Verhandlungen wir die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen möchten; der mit Ungebulb erwartete Friede müsse trotzdem kommen.

Nimmt man dazu die Reibungen zwischen Russen und Ukrainern und Russen und Rumänen andererseits, die ja schon fast zu einem offenen Kriegszustand zwischen Russland und Rumänien geführt haben, während wir uns, wie der Reichskanzler mit Recht betonte, „auf unsere Nachstellung stützen“ können, so wird Trotski sich nicht wundern dürfen, wenn er bei der Fortsetzung der Friedensverhandlungen einem „Entweder — Oder“ gegenübergestellt wird. Aber wir glauben, daß die Tatsachen, die stärker sind als Trotskis Dialekt, unterdessen ganz von selbst „zwischen Brest-Litowsk und Petersburg“ eine enge Verbindung herstellen und einen Umschwung herbeiführen werden, der wohlthätig und fördernd auf den Fortgang der Friedensbesprechungen einwirken dürfte.

Ausbeutung Russlands durch die Entente

„Avanti“ vom 4. Januar übernimmt vom „Corriere della Sera“ einen Artikel Brailford im Londoner „Derail“ worin es heißt: „Der Schlüssel zur Haushaltung der Entente Russland gegenüber liegt in den ökonomischen Beziehungen. Seit 1906 hat das englische Kapital seinen Weg nach Russland genommen, wozu später auch das amerikanische kam. Jetzt kam der Export aus Russland die Interessen bezahlen. Da die Finanzen materielle Garantien verlangen, so hat man diese in Konzessionen gefunden. Schon vor der Revolution, aber vor allem nachher, sind in Sibirien, im Ural und in Russland selbst den englischen und amerikanischen Minensyndikaten Konzessionen gemacht worden. Die Ausbeutung des Landes ist in einer Weise geschehen, als ob es sich etwa um die Türkei, China oder Persien handelte. Uebrigens war das unvermeidlich; der Kapitalismus arbeitet immer in dieser Richtung. Die zweite Phase ist die Einrichtung einer gewissen Kontrolle gewesen. Beispielsweise ist ein englischer Offizier als Finanzkontrolleur der Petersburger Gemeindeverwaltung eingesetzt. Daraus erklärt sich die augenblickliche Unpopularität der Entente bei den russischen Sozialisten. Sie misstrauen dem internationalen Kapital.“ Der Rest des Artikels ist von der Zensur gestrichen.

*

Wien, 21. Jan. (W. B.) Bei einer Beratung einer Abordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung im Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident von Seidler: Es sei der sehnlichste Wunsch des Kaisers, sobald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden. Sei zurzeit nur ein Sonderfrieden mit Russland möglich, so falle die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die all die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausge schlagen hätten. Dessen ungeachtet hatte die Regierung an den Zielen eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und über Schiedsgerichte böten dazu nach ihrer Ueberzeugung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Russlands Kosten von der I. u. I. Regierung angestrebt würden, würden dann auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Bolens werde es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen solle. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete müsse die I. und I. Regierung freilich ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten Verhältnisse Russlands, diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden könnten, doch werde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu

unterrichten und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zur auswärtigen Politik zu festigen. Zum Schluß wies der Ministerpräsident auf die am Sonnabend veröffentlichte Erklärung des Ministers des Aeußern Grafen Czernin hin. In längeren Ausführungen legte sodann der Minister Höfer die Maßregeln dar, die die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen hat, und teilte mit, die Regierung sei fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und dem Verbündeten die Ernährungsverhältnisse im einverständlichen Zusammenwirken zu verbessern. Daraus machte der Minister des Innern Graf Torggenburg Mitteilung über die geplante Reform des Gemeindevahlrechts.

Nach den Erklärungen der Regierung forderte der sozialdemokratische Parteivorstand die Arbeiterschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeit wurde heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Wb Bern, 22. Jan. „Corriere della Sera“ erklärt in dem schon erwähnten Aufsatz: „Die Behauptung ist unwiderleglich, daß der Italien zur Verfügung stehende Schiffsraum bedrohlich unzulänglich ist. Ein Vergleich unserer Kohlen- und Getreidebestände mit den insbesondere im Mittelmeer erfolgenden Torpedierungen fällt derart aus, daß jede Polemeit verstimmt. Die Mittelmächte schließen Italien mit ihren Unterseebooten ringsherum immer enger ein und rechnen damit, daß wir den neuen Kampf bereits in erschöpftem und mutlosem Zustande aufnehmen müssen. Italien lebt unter schlimmen Bedingungen.“

Politische Rundschau.

Wb Berlin, 21. Jan. Der Kaiser hat an den Ober-Präsidenten der Rheinprovinz Freiherrn von Rheinbaben in Koblenz folgendes Telegramm gerichtet: Das schwere Unglück, das die Hochwasser der Nahe über zahlreiche Familien in Kreuznach, Kirn und anderen Gemeinden gebracht hat, erfüllt mich mit wärmster und herzlichster Anteilnahme. Ich habe veranlaßt, daß Ihnen zur Linderung der ersten Not 50 000 Mark schnelligt überwiesen werden. Im übrigen sehe ich Ihrem eingehenden Bericht baldigst entgegen. Sagen Sie den Betroffenen wie herzlich ich ihrer gedente, zumal der Kriegerfamilien, die die schweren Tage ohne männlichen Schutz haben durchmachen müssen. Wilhelm I. R.

Berlin, 20. Jan. Nach der „V. Z. a. W.“ ist nunmehr bestimmt, daß Reichskanzler Graf Hertling seine angekündigte Rede im Hauptauschuß des Reichstags am Donnerstag nachmittag 3 Uhr halten wird. Der Hauptauschuß wird am Donnerstag die allgemeine politische Debatte wieder aufnehmen. An dieser Debatte wird auch Staatssekretär von Kühlmann, der heute von Brest-Litowsk hier eintrifft, teilnehmen; ebenso wie Graf Czernin, der nach Wien abgereist ist, benutzt auch Herr v. Kühlmann die durch die Abreise Trotskis eingetretene Pause, um mit den politischen Kreisen der Heimat wieder in persönliche Verbindung zu treten. Morgen findet eine Besprechung zwischen dem Staatssekretär und den Parteiführern statt. Die allgemeine politische Debatte im Hauptauschuß dürfte 3 Tage dauern und der Hauptauschuß sich sodann am Sonntag, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, auf einige Zeit vertagen, bis die weitere politische Entwicklung den Wiederausammentritt erwünscht und erforderlich erscheinen läßt.

Wb Berlin, 22. Jan. Der Unterausschuß des Hauptauschusses des Reichstages beschäftigte sich mit der Erfassung der Kriegsgewinne. Unterstaatssekretär Dr. Seppert stellte fest, daß Uebereinstimmung darüber bestehe, die Kriegsgewinne möglichst für das Reich in Anspruch zu nehmen. Ueber das Maß und den Weg zum Ziele beständen noch Meinungsverschiedenheiten. Auf Antrag des Zentrums wurde beschlossen, dem Hauptauschuß vorzuschlagen, die Kriegsgewinne scharf zu erfassen.

Bermischte Nachrichten.

* Kubesheim, 23. Jan. Eine Anzahl Arbeitgeber hatten in einer Eingabe an die Regierung beantragt, den Unterricht für die weitere Kriegszeit ganz auszuheben. Der Herr Regierungspräsident hat dem Antrag nicht stattgegeben, dagegen folgendes Einschränkung des Unterrichts bezug. Befreiungen von Schülern verfügt: Der Unterricht in der kaufmännischen Fachklasse wird auf 4 Stunden wöchentlich eingeschränkt, die nach Beschluß des Schulvorstandes auf Montag und Donnerstag Abend von 6—8 Uhr gelegt sind. Die Schulpflichtigen der übrigen Berufe, soweit sie am 1. April 1918 zur Entlassung kommen, werden schon jetzt bis auf weiteres vom Unterricht beurlaubt. Da der Unterricht

der gewerblichen Berufe bereits von 6 auf 5 Stunden, der der ungelerten Arbeiter von 4 auf 2 Stunden gekürzt ist, soll eine weitere Einschränkung des Unterrichts für diese Berufe nicht mehr stattfinden.

* **Rüdesheim, 23. Jan.** Am Sonntag, den 10. Februar, findet in der „Turnhalle“ nachmittags um 4 Uhr, zum Besten der Hinterbliebenen der U-Bootmannschaften eine Wohltätigkeitsvorstellung statt, die der Flottenbund deutscher Frauen, Ortsgruppe Rüdesheim, veranstaltet. Zur Aufführung gelangt eine dreiaktige Operette, in der Mitglieder der Jugendgruppe und hiesige musikalische Damen mitwirken. Wir glauben den Besuchern einen außergewöhnlichen Genuß versprechen zu können und hoffen im Interesse der guten Sache auf ein volles Haus.

* **Rüdesheim, 23. Jan.** Vor einigen Tagen ging durch die Tagespresse die Mitteilung, daß durch ein über Marienthal niedergegangener Wolkenschub die Klosterkirche derart unter Wasser gesetzt worden sei, daß Gottesdienst nicht mehr hätte abgehalten werden können. Diese Nachricht war zum größten Teile irrig. Zwar hat das Wasser etwa einen Tag in der geringen Höhe von einigen Zentimetern in der Kirche gestanden, jedoch für diese kurze Zeit der Gottesdienst beeinträchtigt war, heute jedoch sind die Verhältnisse wieder wie früher geordnet. Diese Berichtigung dürfte allen Freunden des Wallfahrtsortes Marienthal eine freundliche Erinnerung baldigen Wiederbesuches sein.

* **Rüdesheim, 23. Jan.** Die Großschiffahrt auf dem Rhein konnte bis jetzt nicht in dem Maße aufgenommen werden, wie es im Interesse der Entlastung des Bahnverkehrs dringend zu wünschen wäre. Zunächst ist es die allgütige Strömung der gewaltigen Hochflut, gegen welche nur die ganz großen Dampfboote aufkommen können. Kleinere und mittlere Boote können, so lange das Hochwasser anhält, als Schlepper weniger verwendet werden. Weiterhin sind aber auch die Ladeplätze, die sog. „Ripper“ an der Ruhr, vielfach derartig überschwemmt, daß die Ladung der tiefgehenden Schleppfähne nicht vorgenommen werden kann. In wenigen Tagen schon dürften bei dem jetzt fallenden Wasser diese Hindernisse durchweg beseitigt sein, und dann steht für längere Zeit hinaus ein günstiger Wasserstand für die Großschiffahrt in sicherer Aussicht.

* **Rüdesheim, 23. Jan.** (Papierversorgung.) Auf Vorkellungen der Schiffschiffahrt im Druckgewerbe ist von der Reichsregierung folgende Antwort an die in Betracht kommenden Instanzen ergangen: „Die Wichtigkeit des Fortbestandes der Buchdruckereien und Zeitungsbetriebe für das allgemeine Interesse wird von der Reichsleitung nicht verkannt. Bei der ungünstigen Lage des Rohstoffmarktes und dem Mangel an Arbeitskräften und Kohlen erscheint jedoch eine

Steigerung der Druckpapiererzeugung bis auf weiteres ausgeschlossen. Es ist das Bemühen der Reichsleitung wie der Preisverwaltung, dem weiteren Rückgange der Herstellung von Druckpapier vorzubeugen und dafür zu sorgen, daß das zur Befriedigung des Heeres- und Staatsbedarfs, sowie zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens erforderliche Druckpapier dem Druckgewerbe auch weiterhin nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt werden kann.“

Geisenheim, 21. Jan. In das Handelsregister ist bei der Firma Gebrüder Höhl GmbH. in Geisenheim am Rhein folgendes eingetragen worden: „Die Procura des Kaufmanns Adolf Henrich in Geisenheim am Rhein ist erloschen. Die Vertretungsbezugnis des Adolf Höhl, Bernhard Adolf Höhl, Gustav Höhl und Karl Höhl sämtlich zu Geisenheim am Rhein ist beendet. Zum Geschäftsführer ist neu bestellt Albert Sturm zu Wiesbaden. Dieser hat die Befugnis Willenserklärungen und Zeichnungen für die Gesellschaft ohne Mitwirkung eines anderen Geschäftsführers oder Prokuristen vorzunehmen.“

Wiesbaden, 20. Jan. In verschiedenen hiesigen Schuhgeschäften wurden bei einer Hausdurchsuchung hunderte von Schuhwaren aufgefunden, die zurückgehalten und in besonderen Räumen versteckt waren. Es handelte sich meist um Friedensware. Die Schuhwaren mußten sofort zum Verkauf gestellt werden.

Wiesbaden, 22. Jan. Durch einen Erlass des Regierungspräsidenten ist für den ganzen Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden mit Rücksicht auf die derzeit starke Besetzung der Straßenbahnwagen, für die Dauer des Krieges auch auf den Plattformen der Straßenbahnwagen das Rauchen und Mitbringen brennender Pfeifen, Zigarren und Zigaretten verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

Idstein, 21. Jan. Nach dem Krieg ist eine Neuordnung in der Kreiseinteilung Nassaus in Aussicht genommen. Neben der Bildung des neuen Kreises Hochheim ist auch eine beträchtliche Vergrößerung des Untertannuskreises beabsichtigt. Bisher war Langenschwalbach Kreisstadt vom Untertannus, infolge seiner Lage im äußersten Zipfel des Kreises aber höchst unglücklich als Kreisstadt gelegen. Jetzt hat eine Bewegung eingesetzt, die die alte Amtsstadt Idstein wieder als Kreisstadt haben möchte, sogar für die Bildung eines Kreises Idstein eintritt.

— **Von der Nahe, 21. Jan.** Man kann sagen, daß die Nahe genau so schnell gefallen ist, wie sie mit ihren Wassermassen herankam. Wie ein schweres Gewitter brach sie über die Anwohner des Tales herein, schweres, großes Unheil anrichtend, das um so größeren Umfang annehmen konnte, weil das Ganze so plötzlich und unerwartet kam, weil

man auch in unserem Zeitalter an solche Katastrophen nicht mehr so recht glaubte. In Kreuznach, in Münster am Stein, dann talwärts in Dietersheim, Sarnsheim und Münster hat das Hochwasser einen Schaden angerichtet, der so schnell nicht gut gemacht werden kann. In Dietersheim ist er so bedeutend, daß es wochenlang Arbeit bedürfen wird, ehe der Ort wieder seinen alten Eindruck machen wird. Dabei sind viele Einwohner regelrecht verarmt. Große Schuld daran, daß das Unglück dort solchen Umfang annehmen konnte, soll der neue Bahndamm tragen, der nördlich von Dietersheim vorübergeht. Der Schaden, den das Hochwasser der Nahe angerichtet hat, beläuft sich auf Millionen Mark.

Von der Nahe, 21. Jan. Nach einer amtlichen Meldung haben die Aufräumarbeiten der Eisenbahnunfallstelle bei Rinn ergeben, daß die Zahl der Verunglückten glücklicher Weise nicht so groß ist wie ursprünglich befürchtet worden ist. Es sind 25 Leichen geborgen worden, darunter 11 Soldaten. Vermißt werden bis jetzt noch 2 Personen. Ferner sind 19 Schwer- und 10 Leichtverletzte in Lazaretten in Kreuznach in Behandlung.

Speyer, 21. Jan. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Schleppdampfer und der Speyerec-Schiffsbrücke kam es gestern. Der Mannheimer Schleppdampfer „Pionier“ ramnte bei der Durchfahrt durch die Brücke mit seinen Anhangsschiffen verschiedene Pontons sowie das Landjoch auf der bayerischen Stromseite. Infolge dessen erlitt die Brücke schwere Beschädigungen. Balken wurden wie Streichhölzer geknickt, Pontons wurden leck, und das Landjoch versank zum Teil. Menschen wurden nicht verletzt. Das Pionier-Gras-Bataillon sandte sofort Mannschaften, die mit den Aufräumarbeiten begannen. Der Schiffsverkehr ist vollständig unterbrochen. Ebenso ist der Eisenbahnverkehr über die Brücke gesperrt.

— **Osnaabrück, 20. Jan.** Ein Eisenbahnunglück hat sich am Mittwoch zwischen Bohnite und Osterkappeln, Strecke Hamburg-Röln, zugetragen. Der D-Zug 92 ist gegen 3 Uhr nachts auf den auf freier Strecke haltenden vollbesetzten Urlaubszug 26 mit voller Wucht aufgefahren. Die Zahl der Toten beträgt 33, die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten 60. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt, dürfte aber in der durch das Schneewetter hervorgerufenen Unsicherheit zu suchen sein. Zu allem Unglück fuhr noch ein Güterzug in das Chaos hinein. Die Verunglückten sind sämtlich Soldaten, die auf der Fahrt nach der Front begriffen waren.

Redaktion: J. B. G. Reibling.

Am 20. 1. 1918 ist eine Nachtragsbekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Baumwoll-, Seiden- und Kunstseidentüllen erlassen worden.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

**Stellv. Generalkommando 13. Armekorps.
Das Gouvernement der Festung Mainz.**

Städtische höhere Mädchenschule Rüdesheim a. Rh.

Kinder, welche zu Beginn des nächsten Schuljahres in die städtische höhere Mädchenschule oder in die Vorschule zu derselben aufgenommen werden sollen, sind bis zum 15. Februar d. J. anzumelden. St. Genehmigung Kgl. Regierung vom 28. März 1914 können auch Knaben in die Vorschule aufgenommen werden.

Die Anmeldungen nimmt die Vorsteherin in der Schule, (Brömserhaus) entgegen und zwar Dienstags, Donnerstags, Freitags und Samstags von 11–12 Uhr.

Die Schulpflichterin: A. Marx.

Zahn-Atelier Rüdesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10–12 und 2–5 Uhr.
mit Ausnahme des Samstag-Nachmittag.
Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 230.

Rasche, Dentist.

Tausende verdanken ihre glänzende Stellung,

ihre geistige Wissen und Können dem Studium der weltbekannten Methode
Selbst-Unterrichts-Werke Rustin

verbunden mit eingeübtem brieflichen Fernunterricht.
Herausgegeben vom Rustinischen Lehrinstitut.
Redigiert von Professor C. Rustin.
3 Direktoren, 22 Professoren als Mitarbeiter.

Das Gymnasium	Die Studienanstalt	Der Bankbeamte
Das Realgymnasium	Das Lehrerinnen-Seminar	Der wiss. geb. Mann
Die Oberrealschule	Der Präparand	Die Landwirtschaftsschule
D. Abiturienten-Exam.	Der Mittelschullehrer	Die Ackerbauschule
Der Einj.-Freiwillige	Das Konservatorium	Die landwirtschaftl. Fachschule
Die Handelsschule	Der gew. Kaufmann	
Das Lyzeum		

Jedes Werk ist käuflich in Lieferungen à 90 Pf.
(Einzeln Lieferungen à Mark 1.25.)

Ansichtsendungen ohne Kaufzwang bereitwilligst.

Die Werke sind gegen monatl. Ratenzahlung von Mark 2.— an zu beziehen.

Die wissenschaftlichen Unterrichts-
werke, Methode Rustin, setzen
keine Vorkenntnisse voraus und
haben den Zweck, den Studierenden
1. den Besuch wissenschaftlicher
Lehranstalten vollständig zu ersetzen,
den Schülern
2. eine umfassende, gezielte Bildung,
besonders die durch den Schul-
unterricht zu erwerbende, Kennt-
nisse zu verschaffen, und
3. inwertvoller Weise Examen
vorzubereiten.

Dieser Zweck wird dadurch er-
reicht,
A. dass der Unterricht wissenschaft-
licher Lehranstalten ausgebaut
wird,
B. dass der Unterricht in so ein-
facher und gründlicher Weise er-
teilt wird, dass jeder den Lehr-
stoff verstehen muss, und
C. dass bei dem brieflichen Fern-
unterricht auf die individuelle Ver-
anlagung jedes Schülers Rücksicht
genommen wird.

Ausführliche Broschüre sowie Dankschreiben
über bestandene Examina gratis!

Gründliche Vorbildung zur Ablegung von Aufnahme- und Abschluss-
prüfungen usw. — Vollständiger Ersatz für den Schulunterricht.

Bonnens & Hachfeld, Verlag, Potsdam S. O.

Druckarbeiten aller Art

fertigt A. Meier

Herrschaftl. Wohnung

von 5 Zimmern, Garten-Veranda usw.
sofort im Reuter'schen Hause Graben-
straße Nr. 19 in Rüdesheim am Rhein
zu vermieten.

Stempel, in jeder Aus-

föhrung und
Größe werden preiswert und
schnellstens geliefert von

A. Meier in Rüdesheim